

Walter J. Fend

Kroatien - Neue Zeiten?¹

Kroatien vor einer doppelten Herausforderung

Zehn Jahre nach Erklärung der vollen Unabhängigkeit und sechs Jahre nach Beendigung des bewaffneten Konflikts auf seinem Territorium ist Kroatien mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert. Einerseits ist das Land, wie die übrigen Reformländer, bemüht, den Transformationsprozess seines wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Systems voranzutreiben, um in letzter Konsequenz die notwendigen Voraussetzungen für die euro-atlantische Integration zu erfüllen. Andererseits kämpft Kroatien immer noch mit den direkten und indirekten Folgen des Krieges. Dieser hatte nicht nur menschliche Opfer, Flucht und Vertreibung sowie die Verwüstung ganzer Landstriche zur Folge, sondern auch ein Aussetzen notwendiger Reformen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Mehr noch: Vor dem Hintergrund des bewaffneten Konflikts und der nationalistischen Stimmung im Land, die ihren Ursprung nicht zuletzt in der Politik des Regimes hatte, kam es insbesondere im Rechtssystem zu regressiven Entwicklungen, die ihren Niederschlag in einer Gesetzgebung bzw. deren Umsetzung fanden, die zur ethnischen Diskriminierung der Serben in Kroatien führte, genauer gesagt, all jener, die in dem Konflikt auf der "falschen" Seite standen. Dieses Rechtsgefüge und die staatliche Politik, die dahinter stand, stellten das Haupthindernis für die Rückkehr der 1995 Geflohenen sowie für die Reintegration der serbischen Bevölkerung und somit des Landes an sich dar.

Die Einrichtung der OSZE-Mission als Antwort

Im Frühjahr 1996 beschloss der Ständige Rat der OSZE die Einrichtung einer Mission in Kroatien, deren Auftrag es im Wesentlichen war, einerseits den kroatischen Behörden beratend in ihren Bemühungen beizustehen, die Gesetzgebung und deren Implementierung nach international anerkannten Standards zu gestalten, insbesondere im Bereich des Minderheitenschutzes, und parallel dazu den Versöhnungsprozess voranzutreiben, andererseits aber auch das Funktionieren und die Entwicklung demokratischer Institutionen, Prozesse und Mechanismen zu beobachten. Nachdem ein knappes Jahr später das Mandat insbesondere im Bereich der Flüchtlingsrückkehr erweitert worden war, vergrößerte man die Feldpräsenz der Mission erheblich, so dass sie zu Beginn des Jahres 1998 mit über 200 Missionsmitgliedern und circa 20 Feld-

1 Die in diesem Beitrag reflektierten Standpunkte sind diejenigen des Autors und nicht offizielle der OSZE-Mission in Kroatien.

büros bzw. Koordinationszentren in allen ehemaligen Kriegsgebieten vertreten war. Die extensive Feldpräsenz ermöglichte es der Mission von nun an die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden, den Polizeistellen, nicht-staatlichen Organisationen und Medienvertretern zu etablieren, um den Rückkehrprozess sowie dessen Nachhaltigkeit zu unterstützen. Wichtiger jedoch war der Umstand, dass die lokale Bevölkerung die Büros der Mission aufsuchte, um ihre Probleme darzulegen und um in erster Linie rechtlichen Rat zu finden. Zu Beginn der Missionszeit waren dies in der überwiegenden Mehrheit rückkehrende Flüchtlinge und Angehörige der serbischen Minderheit, die im Land verblieben waren. Dies ermöglichte es der Mission, sich ein repräsentatives Bild der Probleme zu verschaffen und somit sowohl die kroatische Regierung als auch die internationalen Partner mit den Realitäten vor Ort zu konfrontieren.

Die politische Wende 2000 und deren Implikationen

Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu Beginn des Jahres 2000 endete die fast zehnjährige Alleinherrschaft der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ). Waren es der "Heimatländische Krieg" (*Domovinski rat*) und die nationale Frage, welche die Politik und die Menschen in den Kriegstagen und der unmittelbaren Nachkriegszeit beherrschten, so bestimmten gegen Ende der neunziger Jahre zusehends die ökonomische und die soziale Lage die politische Diskussion und beschäftigten die Gemüter der Menschen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung kündigte der HDZ die Gefolgschaft auf, da sich die sozioökonomische Situation zusehends verschlechterte, Korruption und Machtmissbrauch immer deutlicher zutage traten, die internationale Reputation des Landes unter der HDZ-Herrschaft litt und die Menschen die angebliche oder tatsächliche Einflussnahme der Herzegowina-Kroaten auf Politik und Wirtschaft - was sie auf die HDZ zurückführten - mit Argwohn betrachteten.

Die neue politische Führung begann eindeutige Zeichen zu setzen, die den Willen bekundeten, Maßnahmen zu ergreifen, die Kroatien zu einem Rechtsstaat nach internationalen Maßstäben umgestalten würden. In öffentlichen Äußerungen bekannten sich die Spitzen des Staates zur Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und zur Individualisierung der Schuld und riefen die kroatischen Serben zur Rückkehr auf. Dass die internationale Gemeinschaft die neue Regierung und den neuen Präsidenten willkommen hieß, zeigte sich bereits in den ersten Wochen und Monaten, in denen es mehr Treffen zwischen Spitzendiplomaten, insbesondere der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika, und der Staatsspitze Kroatiens gab, als in all den Jahren zuvor seit dem Ende des Balkankrieges. Wichtiger als diese für Kroatien und seine Bevölkerung erfreulichen Wertschätzungen war jedoch aus der Perspektive der politischen Stabilität in der Region und der Frage der Flücht-

lingsrückkehr die einsetzende Normalisierung der Beziehungen Kroatiens zu seinen Nachbarn, insbesondere zu Bosnien, das von nun an von der neuen kroatischen Regierung als integraler und souveräner Staat behandelt wurde. Mit zeitlicher Verzögerung setzte - nach dem Ende des Milošević-Regimes - auch eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik Jugoslawien ein.

Was das Verhältnis zwischen den kroatischen Behörden und der Mission betrifft, so kann gesagt werden, dass das Klima der Konfrontation und des sogar zeitweiligen Antagonismus, das unter der HDZ-Regierung vorgeherrscht hatte, einem Klima der Kooperation und der gemeinsamen Bemühungen gewichen ist. Nichtsdestoweniger mussten sowohl die Regierung als auch die internationale Gemeinschaft, und mit ihr die OSZE-Mission, feststellen, dass das zu reformierende politische, rechtliche und administrative Gefüge infolge seines Umfangs und seiner Komplexität eine weitaus größere Herausforderung darstellt, als allgemein erwartet worden war.

Die neue Regierung zwischen Wirtschaftskrise, politischem Erbe und den Forderungen der internationalen Gemeinschaft

Obschon die von Seiten der Mission und der internationalen Gemeinschaft an Kroatien gestellte Forderung, seine europäischen und internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere die Rückkehr und die Reintegration der Flüchtlinge zu ermöglichen, Eingang in das Regierungsprogramm und in die Reden der Repräsentanten des Staates fanden, bestimmen andere Faktoren die Prioritätensetzung in der kroatischen Politik. Im Wesentlichen gilt das Interesse der Regierung der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Landes. Denn gerade das Versagen des HDZ-Regimes in diesem Politikbereich führte zur politischen Wende. Das Ausbleiben spürbarer Verbesserungen würde über kurz oder lang nicht nur die Regierung, sondern auch die innere Stabilität gefährden. Dementsprechend argumentiert die Regierung, dass die gegenwärtig immer noch triste ökonomische Situation das eigentliche Hindernis für den Rückkehrprozess und die Reintegration der serbischen Minderheit darstelle. Anders ausgedrückt würde die rasche ökonomische Genesung des Landes zur Erfüllung der Forderungen der internationalen Gemeinschaft führen. Mitunter versteigen sich kroatische Regierungsvertreter zu der Behauptung, dass es keine rechtlichen oder politischen Hindernisse mehr gäbe, sondern allein ökonomische, welche die Serben vor einer Rückkehr nach Kroatien abhielten.

Inwieweit die Erfüllung der Forderungen nach Rückkehr der Flüchtlinge, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit, wie sie im Mandat der Mission beschrieben sind, einen unmittelbaren Einfluss auf die Ökonomie hat, lässt sich an zwei Beispielen veranschaulichen. Eines der expliziten Ziele der kroatischen Politik ist die euro-atlantische Integration. Obgleich es die kroati-

sche Außenpolitik innerhalb eines Jahres erreicht hat, dass das Land Mitglied der Partnerschaft für den Frieden und der Welthandelsorganisation (WTO) geworden ist und im Mai 2001 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet wurde, wird insbesondere Kroatiens Weg in die Europäische Union und in die NATO auch von der Erfüllung der zuvor genannten Punkte abhängen. Rechtliche und politische Sicherheit und Stabilität sind nicht nur Voraussetzungen für die internationale Integration des Landes, sondern auch von entscheidender Bedeutung für die Bereitschaft ausländischer Firmen und internationaler Geldgeber, in Kroatien zu investieren. Investitionen und frisches Kapital können wiederum entscheidend zur Genesung der Wirtschaft beitragen, wodurch die angestrebte Mitgliedschaft in der EU, aber auch in der NATO, in greifbarere Nähe rückte und somit das Argument der Regierung doch noch zum Tragen käme, nach dem dann der Rückkehr- und Reintegrationsprozess an Intensität und Nachhaltigkeit zunehmen würde.

Ein weiterer wichtiger Punkt, mit dem sich die neue Regierung seit ihrem Amtsantritt konfrontiert sieht, ist die Auseinandersetzung mit dem politischen Erbe der jüngsten Vergangenheit. Die Frage möglicher Kriegsverbrechen der kroatischen Seite, die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (*International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia*, ICTY) und die Bosnien-Politik, insbesondere die Situation der Kroaten in Bosnien und Herzegowina, dominieren zuweilen die öffentliche politische Diskussion.

Trotz der Gefahr einer politischen Polarisierung und der Instrumentalisierung dieser Themen durch die rechte politische Opposition zwecks Entfaltung nationalistischer Emotionen mit dem Ziel, diese mit der steigenden sozialen Unzufriedenheit zu koppeln, um letztendlich die Regierung zu stürzen, würde es Kroatien langfristig schaden diese Problematik zu ignorieren.

Insbesondere die Zusammenarbeit der kroatischen Behörden mit dem Haager Tribunal hat sich seit dem Regierungswechsel merklich verbessert. Während die HDZ-Regierung die Arbeit des ICTY in der kroatischen Öffentlichkeit als politisch motiviert zu diskreditieren versuchte und die Untersuchung von Kriegsverbrechen, die möglicherweise im Zuge der militärischen Operationen "Blitz" und "Sturm" im Jahre 1995 verübt wurden, als nicht in der Kompetenz des Tribunals liegend zurückwies, verabschiedete das neu gewählte Parlament im April 2000 eine Resolution, welche die Absicht zur Zusammenarbeit mit dem ICTY eindeutig unterstrich. Das Auftauchen von Gerüchten in der zweiten Hälfte des Jahres, wonach kroatische Generäle auf der Liste mutmaßlicher Kriegsverbrecher stünden, veranlasste allerdings die Regierung, nicht zuletzt infolge des politischen Drucks der Straße seitens der extremen politischen Rechten und Veteranenorganisationen, ein Dokument zu verfassen, in welchem eine Redefinition der Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal angestrebt wurde. Die Lage entspannte sich erst nach einem klärenden Besuch von Carla del Ponte, der Chefanklägerin des Haager Tribu-

nals in Zagreb im Januar 2001. Den Willen zur Zusammenarbeit verdeutlichen in der Folge die gemeinsamen Exhumierungen von Opfern mutmaßlicher Kriegsverbrechen sowie die Absicht der Regierung, Spezialabteilungen innerhalb des Gerichts- und Exekutivapparates zu schaffen, die sich ausschließlich mit der Aufklärung und Verfolgung von Kriegsverbrechen beschäftigen sollen. Dass das Thema Kriegsverbrechen und die Beziehungen zum Haager Gerichtshof noch auf längere Zeit die innenpolitische Lage Kroatiens belasten werden, zeigte sich im Sommer dieses Jahres angesichts der Anklage zweier kroatischer Generäle wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen während des bewaffneten Konflikts in den Jahren 1991-1995. Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung über die Auslieferung der beiden Generäle und die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal führten zum Rücktritt mehrerer Minister, woraufhin der Premierminister vor dem Parlament die Vertrauensfrage stellte.²

Die Individualisierung von Schuld und die Verfolgung von Kriegsverbrechen ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit, wie sie von der neuen Führung, insbesondere von Staatspräsident Stipe Mesić, seit ihrem Amtsantritt öffentlich betont werden, stellen einen der wichtigsten Faktoren im Hinblick auf die Rückkehr der kroatischen Serben und der Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen dar.

Die veränderte Rolle der OSZE-Mission

Zu jener Zeit, da die Mission ihre Pforten in Kroatien öffnete, waren physische Übergriffe auf Serben und deren Eigentum keine Seltenheit. Die Obstruktionspolitik gegenüber den Serben, sofern diese nicht wie die Kroaten zu Beginn des Konflikts die besetzten Gebiete der so genannten Republik Serbische Krajina (RSK) verlassen hatten, war Teil der staatlichen Politik. Lokale HDZ-Machthaber wandten sich noch 1999 öffentlich gegen die Rückkehr der 1995 geflohenen serbischen Mitbürger und versprachen deren Häuser den mittlerweile darin wohnenden Kroaten, die wiederum vor allem aus Bosnien geflohen waren. In Diskussionen über die Bedeutung und den Sinn einer OSZE-Präsenz konnte man von Seiten der Serben des öfteren sinngemäß folgende lakonische Äußerung vernehmen: "Ihr könnt kaum etwas ausrichten, aber ohne eure Anwesenheit wäre alles noch viel schlimmer."

Obleich der internationalen Gemeinschaft - anders als in Bosnien - jegliche Sanktionsmöglichkeiten fehlen, vermochte die Mission durch ihr Wirken und

2 Die Regierung unter Premier Ivica Račan gewann zwar die Vertrauensabstimmung, das Problem ist jedoch noch lange nicht vom Tisch. Während sich der albanischstämmige General Rahim Ademi freiwillig dem Haager Gerichtshof stellte, ist General Ante Gotovina zu dem Zeitpunkt, da dieser Beitrag verfasst wird, für die kroatischen Behörden unauffindbar. Die Affäre führte zu zahlreichen Solidaritätskundgebungen für die Angeklagten und harschen Angriffen gegen die Regierung seitens der politischen Rechten, der Kriegsveteranenverbände sowie Teilen der römisch-katholischen Kirche.

ihr Berichtswesen sowohl die zuständigen internationalen Gremien als auch die diplomatischen Kreise in Kroatien sowie die Regierung mit den offenkundigen Missständen im Lande zu konfrontieren.

Seit dem politischen Wechsel hat es die Mission verstanden, ihre Hilfs- und Beratungsfunktion gegenüber der kroatischen Regierung im Geiste der Kooperation zu entwickeln, allerdings nicht in dem Ausmaß, das ursprünglich erwartet wurde. So wurde beispielsweise das Angebot, über die starke Feldpräsenz der Mission gewissermaßen als zusätzliche Augen und Ohren für die Regierung in Zagreb zu fungieren, um diese über Missstände in den nach wie vor von der HDZ regierten ehemaligen Kriegsgebieten zu informieren, nicht ausreichend in Anspruch genommen. Zwar intensivierten und verbesserten sich die Kontakte zwischen den Fachleuten in der Mission und den Ministerien seit dem politischen Wechsel; die aktive Inanspruchnahme und Einbeziehung der Mission und ihrer Kapazitäten durch die Regierung, um Probleme gemeinsam zu lösen, zeichnet sich jedoch erst seit kurzem ab.

Der mühsame Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Trotz der Fortschritte, die Kroatien in letzter Zeit gemacht hat, gibt es aus der Sicht des Missionsmandates noch viel zu tun, was die Normalisierung der Lage nach dem Konflikt, die Demokratisierung des Staates und die Nachhaltigkeit des Rückkehrprozesses sowie die Reintegration der Rückkehrer angeht.

Ogleich es für die eigentliche *Rückkehr* der serbischen Flüchtlinge, von denen sich noch circa eine viertel Million hauptsächlich in Jugoslawien und Bosnien aufhält, keine politischen Hindernisse³ mehr geben sollte, wird die Nachhaltigkeit des Prozesses dadurch gehemmt, dass die Häuser der Rückkehrwilligen und jener, die bereits zurückgekehrt sind, entweder zerstört oder besetzt sind.⁴ Hinzu kommt das spezifische Problem, dass denjenigen, die in Wohnungen lebten, die sich im so genannten gesellschaftlichen Eigentum befanden, das Wohnungsrecht, anders als etwa in Bosnien, aberkannt wurde.⁵

3 Neben der wenig transparenten und uneinheitlichen Anwendung des Amnestiegesetzes schuf die jüngste Welle von Festnahmen und Anklagen wegen Kriegsverbrechen im Zuge eines Revisionsprozesses jedoch ein Gefühl der Unsicherheit unter den rückkehrwilligen Serben sowie den verbliebenen, insbesondere in der Donauregion.

4 Laut einer Ende Mai 2001 abgeschlossenen Revision des für den Wiederaufbau zuständigen Ministeriums sind noch circa 10.000 Häuser besetzt. Von den temporären Benutzern sind 61 Prozent aus Bosnien, sechs Prozent aus Jugoslawien (Kosovo- und Vojvodina-Kroatien) sowie 29 Prozent aus Kroatien selbst bzw. vier Prozent aus anderen Ländern.

5 Laut Aussagen von Mitarbeitern nichtstaatlicher Organisationen wurde 50.000-55.000 Personen, die während des Krieges das unter kroatischer Kontrolle befindliche Territorium verließen, dieses Recht aberkannt, das nach Meinung internationaler Rechtsexperten ein *De-facto*-Eigentumsrecht darstellte. Da das Gros jener Wohnungen mittlerweile an dritte Personen veräußert wurde, verlangt die internationale Gemeinschaft zumindest eine entsprechende Kompensation für die ehemaligen Inhaber. Allerdings scheint dieses Problem bislang ein völliges Tabuthema für die kroatische Regierung zu sein.

Trotz mancher Reformen steht eine entsprechende Gesetzgebung (und deren administrative Implementierung), die sich aller bestehenden diskriminierenden Elemente entledigt und dem Vorrang des Rechts auf Eigentum vor jenem des temporären Besitzers Rechnung trägt, noch aus. Gemäß den geltenden Bestimmungen, die jedoch nicht in Gesetzesform vorliegen, kann der Eigentümer in der Regel erst dann wieder über sein Haus oder seine Wohnung verfügen, wenn dem so genannten temporären Benutzer - meistens handelt es sich hierbei um bosnische Kroaten - eine entsprechende so genannte alternative Unterkunft angeboten werden kann. Der Mangel an diesen alternativen Unterkünften ist der Hauptgrund dafür, dass die Serben ihr Eigentum nicht wiedererlangen können. Eine zweite wichtige Ursache liegt in der Tatsache begründet, dass die kroatische Regierung bislang fast ausschließlich den Wiederaufbau von Häusern finanziert hat, die sich im Besitz ethnischer Kroaten befinden.

Voraussetzung für die Überwindung der gesellschaftlichen Spannungen, die als Folge des bewaffneten Konflikts nach wie vor bestehen, ist die Etablierung und Umsetzung der Menschenrechte und im besonderen Maße der Minderheitenrechte.

Während im Frühjahr 2000 die Gesetze über die Verwendung von Sprache und Schrift der Minderheiten (gemeint ist das kyrillische Alphabet) im Schulwesen und im öffentlichen Gebrauch verabschiedet wurden - was Minderheitenvertreter und die OSZE-Mission eindeutig positiv bewertet haben -, steht vor allem eine Neufassung des Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten noch aus.

Diesbezüglich muss erwähnt werden, dass die Garantie von Minderheitenrechten in der Verfassungsgesetzgebung von 1991 eine der Voraussetzungen für die internationale Anerkennung Kroatiens war. Im Zuge des bewaffneten Konflikts wurden jedoch etliche Passagen ausgesetzt, insbesondere was die politische Partizipation und die Autonomierechte in erster Linie der serbischen Minderheit betraf. Die Neufassung des Verfassungsgesetzes wurde bislang schon zweimal verschoben. Die derzeit vorliegenden Vorschläge beinhalten die Regulierung der Minderheitenvertretung in hohen Staatsorganen sowie die Einrichtung einer Minderheitenselbstverwaltung zusätzlich zu dem vorhandenen Selbstverwaltungssystem. Die Schwierigkeiten, einen adäquaten Gesetzesvorschlag im Parlament einzureichen, dürften weniger in der Berücksichtigung der Meinung der Venedig-Kommission des Europarates bestehen, als vielmehr in dem Umstand, dass die sehr weitreichenden Minderheitenrechte selbst innerhalb der Regierungsparteien auf Widerstand stoßen und die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament alles andere als gesichert scheint.

Die wohl offenkundigsten Fortschritte sind jene im Bereich der Demokratisierung und Gewaltenteilung. Obgleich der Prozess noch nicht abgeschlossen ist, hat die neue Regierung inzwischen mit der Transformation des staatlichen Fernsehens, welches während der HDZ-Herrschaft als politisches Instrument

missbraucht wurde, in eine unabhängige Institution begonnen. Im Bereich der staatlichen Strukturen wurde die Reform des lokalen Selbstverwaltungssystems eingeleitet, die zu einer Dezentralisierung der politischen und administrativen Kompetenzen gemäß den Standards des Europarates und der EU führen soll. Die Reformen sind notwendig, weil die von der HDZ-Regierung initiierte extreme Zentralisierung⁶ mit der Zeit zu Disfunktionalitäten im Gesamtsystem geführt hat. Offen bleibt, wie in Zukunft den Bürgern aktivere Mitbestimmungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene verbürgt werden sollen.

Im Zuge des veränderten politischen Klimas zeichnet sich des Weiteren eine Belebung der NGO-Szene ab, wobei die Protagonisten der nichtstaatlichen Organisationen eben zu jenem Klimawechsel nicht unwesentlich beigetragen haben. Speziell im Jugend- und Frauenbereich ist die Zahl sowohl der Organisationen als auch ihrer Aktivitäten merklich gestiegen. Darüber hinaus hat sich die Einstellung der lokalen Behörden zu den NGOs selbst in den peripheren Gebieten positiv gewandelt. Wurden zu Beginn des Missionsmandates die NGOs nicht selten als verlängerter Arm ausländischer Interessen gesehen, werden deren Bemühungen, insbesondere im humanitären Sektor, mittlerweile geschätzt. Auch die Mission konnte zu dieser positiven Entwicklung ihren Betrag leisten. Während der letzten zwei Jahre finanzierte sie im Rahmen ihres "*Peacebuilding Programme for Conflict Prevention*" an die 120 Projekte in den Bereichen Menschenrechte, Versöhnung, Bildung demokratischer Institutionen und Trainingprogramme für NGOs, insbesondere für Frauen und Jugendliche.⁷

Voraussetzungen und Wege zur Versöhnung

Die Wunden des Krieges in Kroatien und im benachbarten Bosnien sind noch frisch. Zwar bezweifelt kaum jemand - mit Ausnahme extremer Kreise, die politisches Kapital gerade aus dem Wachhalten der negativen Emotionen zu schlagen versuchen -, dass es zur Aussöhnung kommen wird, jedoch wird ebenso konstant beteuert, dass es dazu Zeit braucht. Unbeantwortet bleibt hingegen die Frage, ob es möglich ist, den Prozess zu beschleunigen, und falls dem so ist, wodurch dies geschehen könnte.

6 Anders als in den übrigen Reformländern, in denen mit der Zentralisierung unter kommunistischer Herrschaft gebrochen und die lokalen (regionalen) Selbstverwaltungseinheiten gestärkt wurden, vollzog sich in Kroatien genau der entgegengesetzte Trend. Während vor dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens, das sich durch seinen hohen Dezentralisierungsgrad von den übrigen sozialistischen Ländern unterschied, die Haushaltssumme aller Gemeinden Kroatiens jene der Republik um 20 Prozent übertraf, war am Ende der HDZ-Herrschaft das Staatsbudget rund fünfmal so groß wie die Summe aller Gemeindeetats. Paradoxerweise vervierfachte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Selbstverwaltungseinheiten, wodurch das Funktionieren des Gemeinwesens zusätzlich in Frage gestellt wurde.

7 Das Gesamtbudget betrug 1999 und 2000 je 200.000 Euro. Leider wurde in diesem Jahr noch kein Geld zugesagt.

In der kroatischen Bevölkerung herrscht immer noch das Bild der serbischen Kollektivschuld vor. Die Rollenverteilung ist zumindest für die Kroaten eindeutig. Für sie ist klar, wer schuldig und wer unschuldig ist, wer die Täter und wer die Opfer sind. Dass es zu Übergriffen, Vertreibungen oder gar Verbrechen an den Serben kam, wird von der überwiegenden Mehrheit der Kroaten immer noch verdrängt oder geleugnet.

Der Ausgangspunkt zur Aussöhnung ist die Überwindung der Kollektivschuldvermutung und die Relativierung der angesprochenen Dichotomie in der Rollenverteilung. Insbesondere letzteres ist ein schmerzhafter Prozess, da es die Auseinandersetzung mit der Schuld und den Tätern der jeweils eigenen Seite und in den eigenen Reihen voraussetzt.

Hört man die Äußerung, die Serben seien an allem Schuld, drängt sich unwillkürlich die Gegenfrage auf, welche Serben denn gemeint sind: Jene, die in der kroatischen Armee gekämpft haben? Jene, die vor dem Krieg geflohen sind? Jene, die in der so genannten Republik Serbische Krajina lebten, jedoch nicht für die gewaltsame Abspaltung waren? Jene, die als einfache Soldaten gezwungen waren, in der RSK-Armee zu dienen? Oder jene, die bewusst eine Politik der Konfrontation führten, von Beginn an ein Großserbien schaffen wollten oder an Kriegsverbrechen beteiligt waren?

Wie mühsam und emotionsgeladen die Vergangenheitsbewältigung ist, zeigt sich spätestens seit dem Zeitpunkt, da nicht mehr abgestritten werden kann, dass es auch serbische Opfer und kroatische Täter gab, dass es zu systematischen Zerstörungen jenseits der kriegerischen Auseinandersetzungen selbst durch Teile der regulären kroatischen Armee kam.⁸

Eine gemeinsame Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit und der aktive Versöhnungsprozess sind ohne den politischen Willen und die Unterstützung der politisch Verantwortlichen im Staate und in den beiden ethnischen Gruppen schwer denkbar. Hierzu muss einerseits der bereits begonnene Diskussionsprozess vor allem in den Medien und hier in erster Linie durch das Fernsehen, das immer noch die primäre Informationsquelle für die Menschen darstellt, intensiviert werden. Von Seiten der staatlichen Stellen müssten andererseits insbesondere die NGOs, die sich für die Versöhnung einsetzen, unterstützt werden, da das Scheitern des staatlichen Versöhnungsprogramms⁹ ge-

8 Die kroatische Helsinki-Föderation schätzt, dass im Gebiet der ehemaligen Krajina und in Westslawonien mindestens 50.000 serbische Häuser systematisch zerstört wurden. Siehe z.B. Drago Hedl (Hrsg.), *Expensive March of the "Neronian Brigades"*, 13. Mai 1998, AIM, <http://www.aimpress.ch/index.htm>.

9 Im Oktober 1997 verabschiedete die Regierung ein Programm zur Vertrauensbildung, das den Zweck hatte, den Versöhnungsprozess zu fördern. Das Programm wurde jedoch nie effektiv umgesetzt, da es am politischen Willen mangelte und es den lokalen Autoritäten widerstrebte, sich öffentlich zum Recht auf Rückkehr der Serben und zum Versöhnungsprozess zu bekennen. Die neue Regierung gab infolgedessen das Programm auf, versuchte aber gleichzeitig eine neue Herangehensweise, indem sie einen interministeriellen Koordinierungsrat schuf, der sich neben anderen Themen auch dem Bereich der Versöhnung widmen soll. Unter anderem ist vorgesehen, dass sowohl Vertreter der serbischen Minderheit als auch jene der nach Kroatien geflohenen bosnischen Kroaten miteinbezogen werden. Das Gremium wurde allerdings bis heute noch nicht aktiviert.

zeigt hat, dass in der institutionellen Herangehensweise allein nicht der Schlüssel zum Erfolg liegt.

Den Rahmen für die öffentliche Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit und für den Versöhnungsprozess als solchen bilden im Endeffekt die Erfüllung und Umsetzung jener internationalen Rechtsakte, Verpflichtungen und nicht zuletzt Werte, zu denen sich Kroatien verpflichtet und bekannt hat und die wiederum zur nötigen Reform von Staat und Gesellschaft beitragen. Eben hier fällt der OSZE-Mission mit ihrer beobachtenden, vermittelnden und beratenden Funktion eine bedeutende Rolle zu, die es seitens der in Kroatien Verantwortlichen besser zu nutzen gilt.